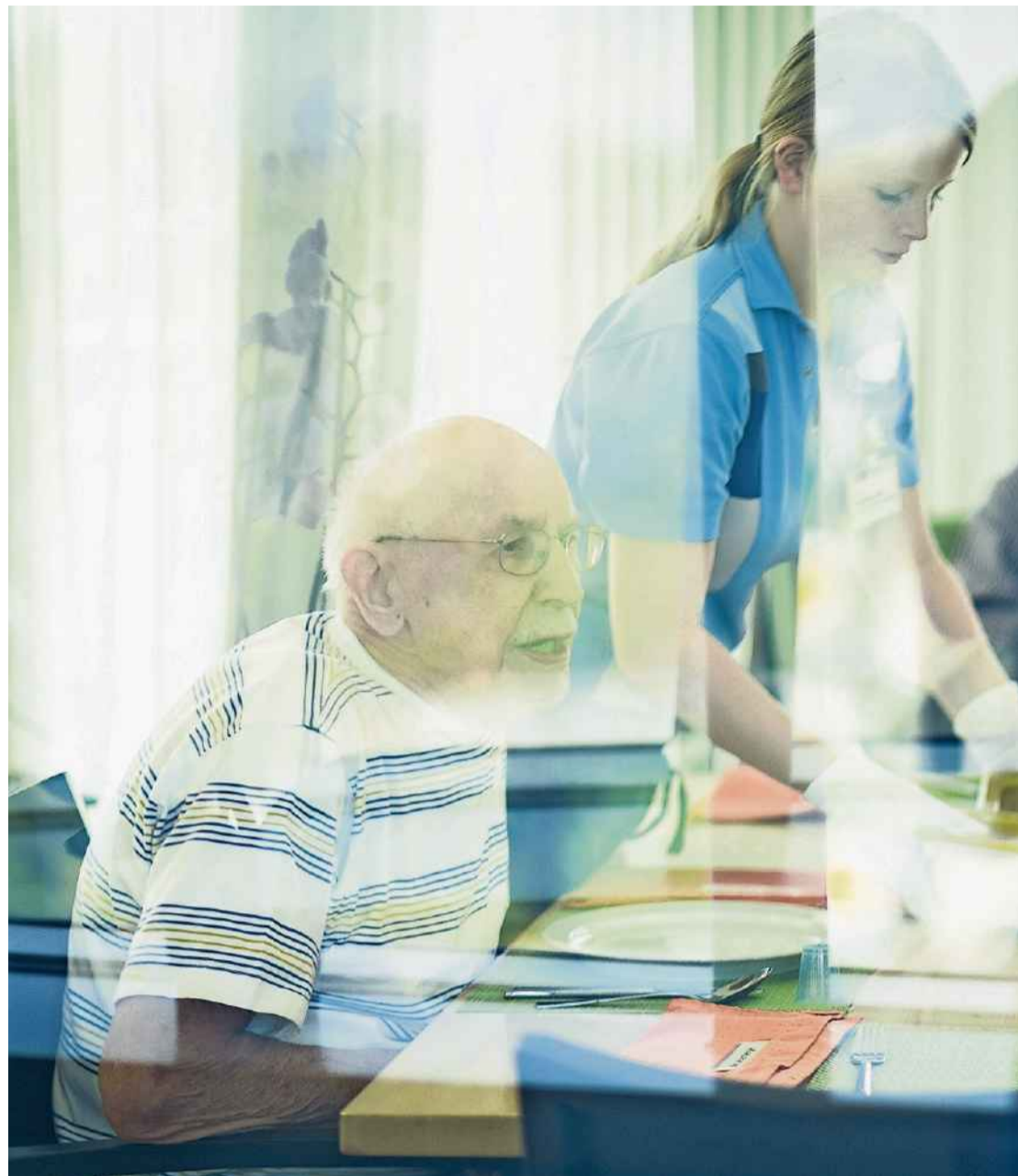


Aargauer Gesundheitswesen

Fokus auf Nutzen statt Kosten und ein Blick in die Zukunft

Spitäler und Heime haben 2,1 Milliarden erwirtschaftet

Anstatt über steigende Kosten zu jammern, hat der Verband der Pflegeinstitutionen (Vaka) den volkswirtschaftlichen Nutzen von Altersheimen und Spitälern untersuchen lassen. Der Kanton kommt in der Studie gut weg - doch beim Sparen drohen Risiken.



Altersheime und Spitäler verursachen nicht nur immer höhere Kosten, sondern tragen auch ihren Teil zur

VON NOEMI LEA LANDOLT

Harry Telser ist zufrieden. Der Ökonom und stellvertretende Geschäftsführer der Firma Polynomics mit Sitz in Olten hat die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens im Aargau untersucht. Die Studie wurde vom Verband der Pflegeinstitutionen (Vaka) in Auftrag gegeben und nun vorgestellt. Telser und sein Team sollten aufzeigen, was der Gesundheitssektor dem Kanton - abgesehen von immer höheren Kosten - bringt. Welche Rolle der Kanton als Mitfinanzierer spielt und welche Sparmöglichkeiten sich anbieten. Die Autoren haben sich auf den stationären Sektor fokussiert, also Spitäler, Spezialkliniken und Pflegeheime. Ihr Fazit: Die stationären Institutionen sind ein wichtiger Arbeitgeber und erwirtschaften einen hohen Anteil an der kantonalen Wertschöpfung.

Konkret ist das Gesundheits- und Sozialwesen die viertgrösste Branche im Aargau. Von den knapp 250 000 Vollzeitstellen im Jahr 2015 entfallen knapp 30 000 auf das Gesundheits- und Sozialwesen. Werden nur die Institutionen mit stationären Leistungen - also Spitäler, Spezialkliniken, Alters- und Pflegeheime - angeschaut, sind es 16 000 Vollzeitstellen oder 6,5 Prozent aller Stellen im Kanton. Spitäler und Heime sind aber nicht nur wichtige Arbeitgeber, sondern auch Wachstumstreiber. Von den rund 7500 Stellen, die zwischen 2011 und 2015 neu geschaffen wurden, entstanden 2770 Stellen in Spitälern und Heimen.

Weniger lange Arbeitsausfälle

Wer den volkswirtschaftlichen Nutzen einer Branche untersucht, muss auch die Bruttowertschöpfung unter die Lupe nehmen. Dabei handelt es sich um den Mehrwert, den eine Branche schafft. Also alle Leistungen, die produziert werden, abzüglich der Vorleistungen wie zum Beispiel Miete oder Strom. 2015 hat die Bruttowertschöpfung im Aargau knapp 40 Milliarden Franken betragen. 2,1 Milliarden Franken erwirtschafteten Heime und Spitäler. Das ist mehr als die Hälfte der Wertschöpfung im Gesundheits- und Sozialwe-

sen. Und die stationären Institutionen hätten überproportional zum Wachstum beigetragen, führte Telser aus. Zwischen 2011 und 2015 stieg die Bruttowertschöpfung im Kanton Aargau um 1,7 Milliarden Franken. 16,5 Prozent der zusätzlichen Bruttowertschöpfung, beziehungsweise 286 Millionen Franken, seien in Heimen und Spitälern erwirtschaftet worden.

Ein Aspekt, den die Studie nur am Rande beleuchtet, ist der medizinisch-technologische Fortschritt. Er macht es möglich, dass Operationen heute patientenschonender durchgeführt werden können. Nierensteine zum Beispiel können häufig ambulant entfernt werden, während früher noch ein stationärer Aufenthalt nötig war. Zwar haben die modernen Geräte ihren Preis, dafür ist der Patient bereits kurz nach der Operation wieder fit und fällt weniger lange am Arbeitsplatz aus. Das führt zu Kosteneinsparungen in der Wirtschaft - besonders auf Arbeitgeberseite.

Tiefe Löhne, wenig Steuern

Ein Teil des Lohnes, den die Angestellten in Aargauer Heimen und Spitälern verdienen, fliesst in Form von Steuern zurück zum Kanton. Um zu berechnen, wie viel Steuern die Spital- und Heimmitarbeiter bezahlen, haben die Studienautoren eine Umfrage gemacht. Die Institutionen wurden gebeten, Polynomics die Anzahl Mitarbeiter mit Wohnsitz im Aargau pro Lohnkategorie zu melden. Dadurch konnte ein Steuerbetrag ermittelt und anschliessend hochgerechnet werden. Demnach sollen die Mitarbeitenden in Heimen und Spitälern im Jahr 2015 etwa 46,9 Millionen Franken Einkommenssteuern bezahlt haben. Das entspricht fast drei Prozent der Steuereinnahmen des Kantons. Dieser Anteil ist jedoch kleiner, als der Beschäftigungsanteil. «Wir haben hier eine Branche, die unterdurchschnittliche Löhne bezahlt», erklärte Telser. Das sei nicht erstaunlich, weil es sich um eine personalintensive Branche handle.

Im interkantonalen Vergleich zeigt die Studie, was bereits bekannt ist: Obwohl im Aargau die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen durchschnittlich ist, wendet der Kanton deutlich weniger Mittel auf als die meisten anderen Kantone. Die kantonalen Beiträge an die Prämienverbilligung und die kantonalen Gesundheitsausgaben pro

2770

Stellen wurden zwischen 2011 und 2015 in Spitälern und Pflegeheimen neu geschaffen. Das ist mehr als ein Drittel aller Stellen, die im Kanton Aargau in dieser Zeit entstanden.

180

Franken Gemeinwirtschaftliche Leistungen hat der Kanton im Jahr 2015 pro Fall an die stationären Einrichtungen gezahlt. Am anderen Ende der Skala: der Kanton Genf mit fast 7000 Franken.

46,9

Millionen Franken Einkommenssteuern haben die Mitarbeitenden in Spitälern und Heimen im Jahr 2015 bezahlt.

Kopf liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Während die Kantone 2010 im Schnitt 20 Prozent ihrer Steuereinnahmen für das Gesundheitswesen ausgaben, waren es im Aargau nur 15 Prozent. Auch bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die stationären Einrichtungen ist der Kanton Aargau an drittlezter Stelle. Die Kantone bezahlten durchschnittlich 1471 Franken pro stationären Fall. Vor allem die Westschweizer Kantone unterstützen ihre Spitäler grosszügig. Der Kanton Genf etwa bezahlte fast 7000 Franken pro stationären Fall. Der Aargau hingegen unterstützte die stationären Einrichtungen im Jahr 2015 nur mit 180 Franken pro Fall. Über gemeinwirtschaftliche Leistungen werden Angebote finanziert, die nicht über die Krankenkasse versichert sind, zum Beispiel Weiterbildungen von Ärzten.

Nur mit Blick aufs Ganze sparen

Obwohl der Kanton bereits kosteneffizient arbeitet, wird es weiterhin darum gehen, Gesundheitskosten zu senken. Die Studie zeigt auch dazu Möglichkeiten auf. Der Kanton könne etwa bei Beiträgen an die Prämienverbilligung ansetzen, «ambulant vor stationär» vorantreiben oder gemeinwirtschaftliche Leistungen kürzen. Es sei aber bei jeder Massnahme wichtig, das Gesamtsystem im Auge zu behalten. «Sonst bestehe die Gefahr, dass die eingesparten Kosten an einem anderen Ort Mehrkosten verursachen oder zu einem Leistungsabbau führen», sagte Telser. Tiefere Beiträge an die Prämienverbilligung könnten dazu führen, dass mehr Menschen auf Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen angewiesen seien. Werde bei gemeinwirtschaftlichen Leistungen gekürzt, komme dies meistens einem Leistungs- und Qualitätsabbau gleich. Bei der Strategie «ambulant vor stationär» stelle sich die Frage, ob die Spitäler die Umsatzverluste einsparen können. Laut Telser hängt dies vor allem davon ab, ob die Spitäler ambulante Strukturen schaffen können. «Kleine Spitäler könnten gezwungen sein, ambulante Operationen weiterhin in stationären Einrichtungen zu erbringen.» Dann wäre der OP-Saal am morgen durch ambulante Patienten belegt, was das ganze Programm durcheinanderbringen, die Effizienz verschlechtern und zu höheren Kosten führen könnte.

Palliative Care

Ein Konzept ist in Planung

Palliative Care verfolgt das Ziel, Menschen mit unheilbaren und lebensbedrohlichen Krankheiten bis zum Tod eine möglichst gute Lebensqualität zu ermöglichen. Es geht darum, Leid zu lindern und auf Wünsche der Patienten einzugehen. In einer fraktionsübergreifenden Motion haben FDP, CVP, EVP, BDP, SP und die Grünen die Regierung beauftragt, ein Konzept für Palliative-Care-Leistungen zu erarbeiten. Die Regierung ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. In der Erklärung dazu schreibt der Regierungsrat, das Departement Gesundheit und Soziales habe schon im Jahr 2012 entschieden, ein kantonales Konzept zur Palliative Care zu erarbeiten, um die nationale Strategie umzusetzen.

Die Konzeptarbeiten seien 2015 abgeschlossen worden, das Konzept allerdings «aufgrund seiner finanziellen Dimension» nur begrenzt umgesetzt worden. Der Regierungsrat anerkennt die Notwendigkeit für ein kantonales Konzept. «Allerdings gegenüber dem Konzept 2015 in bescheidenerem Rahmen.» Gefragt sei ein Modell für eine «koordinierte Versorgung, in welche alle involvierten Leistungserbringer und Organisationen miteinbezogen werden».

Das Gesundheitsdepartement habe bereits Gespräche aufgenommen und plane demnächst einen Runden Tisch zur Standortbestimmung durchzuführen. Danach soll der Projektstart erfolgen. Was die Überarbeitung des Konzepts kostet, könne noch nicht beziffert werden. Denkbar sei, dass dazu eine 50-Prozent-Projektstelle im Umfang von zwei Jahren geschaffen oder ein externer Auftrag vergeben werde. (NLA)

Gabriela Suter will die SP 2019 zum Wahlsieg führen

Sozialdemokratie Die 45-jährige Grossrätin aus Aarau kandidiert beim Parteitag vom 9. Juni als neue Präsidentin - sie gibt sich mit Blick auf die nächsten Wahlen kämpferisch

VON FABIAN HÄGLER

Heute führen Nationalrat Cédric Wermuth und Grossrätin Elisabeth Burgener die SP Aargau im Co-Präsidium. Künftig soll eine Frau alleine an der Spitze stehen: Gabriela Suter, Grossrätin aus Aarau, kandidiert als neue Präsidentin, wie die Geschäftsleitung der Partei mitteilt. «Ich bin hoch motiviert, die erfolgreiche Arbeit der Kantonalpartei als Präsidentin weiterzuführen», wird Suter (45) in der Mitteilung zitiert. «Es würde mich sehr freuen, wenn die Mitglieder mir ihr Vertrauen schenken würden», sagt Suter.

Die Geschäftsleitung freut sich laut Mitteilung über die Kandidatur und ist sicher, dass Gabriela Suter «erfolgreich in die grossen Fusstapfen des aktuellen Co-Präsidiums treten wird». Die ehemalige Präsidentin der SP Aarau und Grossrätin verfüge über viele Erfahrungen auf allen Politikebenen des Kantons, sei sehr präsent und gut vernetzt.

Personalkommission eingesetzt

Dieter Egli, Co-Fraktionschef im Grossen Rat und Mitglied der SP-Geschäftsleitung, bezeichnet Suter als «bestens ausgewiesene Kandidatin». Deshalb empfiehlt die Geschäftsleitung Gabriela Suter am ordentlichen Parteitag am 9. Juni in Bad Zurzach zur Wahl als neue Präsidentin der SP Aargau.

Bereits im Dezember hatten Cédric Wermuth und Elisabeth Burgener ihren Rücktritt bekannt gegeben. Daraufhin setzten die Sozialdemokraten eine Personalkommission ein, um Kandidaten für die Nachfolge zu finden. Suter habe Gespräche mit der Kommission geführt und dann ihre Kandidatur eingereicht, teilt die Geschäftsleitung mit.

In ihrem Motivationsschreiben, das der Mitteilung beiliegt, hält die Historikerin fest: «Es reizt mich, die wertvolle Arbeit von Elisabeth und Cédric weiterzuführen, gemeinsam mit den Mitgliedern neue Ideen zu entwickeln und die Zukunft unserer Partei mitzugestalten.»

Nur noch eine Präsidentin

Nach dem Rücktritt von Burgener und Wermuth gab es Gerüchte, die bei den Aargauer Genossen auf eine neue Doppelspitze mit Gabriela Suter und Dieter Egli hindeuteten. Nun kommt es anders, Suter kandidiert alleine. «Ich trete als alleinige Präsidentin an, sehe mich aber überhaupt nicht als Einzelkämpferin», betont sie auf Nachfrage

Hund als Souvenir

Ein Welpen muss wohl eingeschläfert werden

Eine Familie aus Suhr hat einen Welpen aus den Türkei-Ferien mit nach Hause genommen. Weil er nicht gegen Tollwut geimpft ist, muss er wohl eingeschläfert werden. Das berichtet Tele M1. «Wir können das Risiko nicht eingehen, dass dieser Hund jemanden ansteckt», sagte Tierarzt Christoph Gloor von der Tierklinik Aarau West. Das Problem: Tollwut zeigt sich erst, wenn sie ausgebrochen ist. «Und dann ist es zu spät. Die Krankheit ist tödlich», sagt Kantonstierärztin Barbara Thür. Laut der Schweizerischen Tollwutzentrale müssen in der Schweiz jedes Jahr mehrere Dutzend Tiere eingeschläfert werden, weil ihre Besitzer sie aus einem Risikoland in die Schweiz gebracht hatten. Zwar könnten sie in der Schweiz geimpft werden, müssten aber 100 Tage in Quarantäne verbringen - ohne Kontakt zu anderen Tieren oder Menschen. (AZ)

Den Beitrag von Tele M1 finden Sie online auf www.aargauerzeitung.ch



Gabriela Suter war Präsidentin der SP Aarau, seit 2017 sitzt die Historikerin auch im Grossen Rat - nun will sie die Kantonalpartei übernehmen. FABIO BARANZINI

der AZ. «Parteiarbeit ist Teamwork», hält Suter fest. «Wir planen ein Modell mit einem starken Vizepräsidium, überdies engagieren sich neben vielen aktiven Mitgliedern und der Grossratsfraktion auch Pascale Bruderer, Yvonne Feri und Cédric Wermuth, die uns in Bern vertreten, für die Kantonalpartei.»

«Ich trete als alleinige Präsidentin an, sehe mich aber überhaupt nicht als Einzelkämpferin.»

Gabriela Suter
Kandidaten für das Präsidium der SP Aargau

Die bürgerliche Mehrheit mache im Aargau seit Jahren Steuergeschenke an Reiche, Gutverdienende und Unternehmen und baue im Gegenzug bei der Bildung, der Umwelt und im Sozialbereich ab, kritisiert Suter. Für sie steht fest: «Diese Entwicklung verlangt nach klaren Antworten und Positionen der SP.»

SP soll sichtbarer werden

Die jüngsten Wahlen - die SP legte in den Aargauer Einwohnerräten markant zu - hätten gezeigt, dass die Partei gut unterwegs sei. «Aber wir dürfen nicht nachlassen: Ich bin überzeugt, dass wir unsere Sichtbarkeit verstärken müssen», schreibt Suter. Was heisst das

konkret? Auf Nachfrage sagt die Kandidatin für das SP-Präsidium: «Es ist mir wichtig, dass wir aktiv sind und eigene Themen setzen, statt nur auf politische Vorstösse der bürgerlichen Mehrheit zu reagieren.» Das gelte im Grossen Rat, aber auch ausserparlamentarisch, führt sie aus. «Ein Beispiel ist die Lancierung der Gegensteuer-Initiative», hält Suter fest. Weitere konkrete Punkte seien der Kampf gegen Sozialdetektive oder der Vorstoss zur Abschaffung der Schwarzen Liste der säumigen Prämienzahler bei den Krankenkassen. Ein künftiger Schwerpunkt könnte beim sozialen Wohnungsbau im Aargau liegen.

Den dritten Sitz zurückholen

Als nächste Herausforderung sieht Gabriela Suter die nationalen Wahlen 2019, die es mit der SP-Basis anzupacken gelte. Zu den Aussichten für die Sozialdemokraten gibt sich die designierte Präsidentin optimistisch. Bei den letzten Wahlen und Abstimmungen im Aargau habe sich eindeutig gezeigt, dass die Bevölkerung den SP-Positionen gegenüber positiv eingestellt sei. «Für die nationalen Wahlen sind die Ziele deshalb klar: Wir wollen den Sitz von Pascale Bruderer im Ständerat verteidigen und mindestens den dritten Sitz im Nationalrat zurückholen, den wir 2015 verloren haben.»



kantonale Wertschöpfung bei. Das zeigt eine neue Studie.

CHRIS ISELI

Erste Details zum neuen Spitalgesetz

Im Herbst geht das neue Spitalgesetz in die Anhörung. Barbara Hürlimann, Leiterin Gesundheit beim Kanton, zu den fünf wichtigsten Stossrichtungen.

VON NOEMI LEA LANDOLT

Das oberste Ziel sei eine «bedarfsge- rechte und qualitativ hochstehende Spitalversorgung für die Aargauer Bevölkerung». Diese Formulierung war bisher das Konkreteste, das aus dem Departement Gesundheit und Soziales zum neuen Spitalgesetz zu hören war. An einer Informationsveranstaltung der Vereinigung Aargauischer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen (Vaka) vergangene Woche, wurde Barbara Hürlimann erstmals konkreter. Die Leiterin der Abteilung Gesundheit beim Kanton zeigte in ihrer Präsentation die fünf wichtigsten Stossrichtungen in Bezug auf die Spitalversorgung auf:

- **Bewilligungswesen** Die Bewilligungsvoraussetzungen sollen klar definiert werden. Dadurch soll das Bewilligungswesen für alle Seiten transparenter, einfacher und klarer werden. Grundsätzlich bedürfen die Eröffnung und der Betrieb eines Spitalstandorts einer Betriebsbewilligung. Hauptstandorte benötigen eine eigene, Nebenstandorte brauchen keine separate Betriebsbewilligung, müssen jedoch zusammen mit dem Hauptstandort bewilligt werden.
- **Spitalplanung** Bis anhin wurde alle vier Jahre ein grosses Bewerbungsverfahren durchgeführt. «Darauf möchten wir jetzt verzichten», sagte Hürlimann. Neu sollen unbefristete Leistungsverträge verteilt werden.

Das sei fast schon Standard in der Schweiz und bringe für die Spitäler eine höhere Rechts- und Planungssicherheit. Aber natürlich werde der Kanton trotzdem regelmässig kontrollieren und monitorisieren, was innerhalb der Leistungsaufträge passiere. «Zum Beispiel in Bezug auf die Mengenentwicklung, Qualität oder die Einhaltung von Auflagen», sagt Hürlimann.

■ **Massnahmen zur Kostendämpfung** Der Kanton will «ambulant vor stationär» noch weiter ausbauen. «Wir sind überzeugt, dass noch viele Patienten stationär behandelt werden, die nicht spitalbedürftig sind», sagte Hürlimann. Ein Globalbudget möchte der Kanton nicht einführen, stattdessen eine sogenannte «Escape-Klausel». Diese lege fest, wie hoch das Wachstum sein dürfe. Wird der Wert überschritten, schreite der Kanton ein. Weiter soll es eine Pilotnorm geben. Sie ist einer der Lieblingspunkte von Hürlimann. Die Pilotnorm ermöglicht es, neue Versorgungsmodelle zu erproben und auch umzusetzen, sobald sich diese als erfolgreich herausstellen.

■ **Rettungswesen** Der Kanton will seinen liberalen Ansatz beibehalten und die Verantwortung den Spitälern überlassen. Der Regierungsrat soll nur dann eingreifen, wenn das Rettungswesen nicht funktioniert. Die Spitäler sollen zudem die Möglichkeit haben, auf Dritte mit einer Bewilligung zugreifen zu können.

■ **Gemeinwirtschaftliche Leistungen** Sie finanzieren Angebote, die nicht über die Krankenkasse versichert sind. Der Kanton will dazu eine gesetzliche Grundlage schaffen. Gemeinwirtschaftliche Leistungen sollen unterstützt werden, sofern sie aus Gründen der Versorgungs- und Patientensicherheit notwendig sind.

INSERAT

Achtung: Gemeinnützige Schweiz in Gefahr!

Weniger Geld für die AHV?

Jährlich fliesst rund **eine Milliarde Franken** Geldspielerträge an gemeinnützige Projekte in Sport, Kultur und AHV. Bei einem Nein zum neuen Geldspielgesetz ist **diese Unterstützung in Gefahr.**

Wer das nicht will, stimmt JA+

www.geldspielgesetz-ja.ch
Überparteiliches Komitee für ein gemeinnütziges Geldspielgesetz, Postfach, 8021 Zürich